

Wirtschaft am Limit: Strukturkrise bedroht Niederrhein-Standorte!

Krefeld: Wirtschaftliche Herausforderungen, Bürokratieabbau und Infrastrukturprojekte prägen die Region. Experten warnen vor sinkender Wettbewerbsfähigkeit.



Der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft steht im Fokus des „Düsseldorfer Bündnis für den Niederrhein“, das kürzlich gegründet wurde, um fraktionsübergreifend die Standortbedingungen der Wirtschaft in der Region zu verbessern. Elmar te Neues, Präsident der IHK Mittlerer Niederrhein, betont die Notwendigkeit, aktuelle Herausforderungen der Wirtschaft regelmäßig zu besprechen, um synergetische Effekte zu erzielen.

Te Neues kritisiert, dass die Wirtschaft derzeit weder positive Impulse aus dem In- noch aus dem Ausland wahrnimmt.

Besonders der Fortschritt bei Infrastrukturprojekten und dem Bürokratieabbau verlaufe zu langsam. Trotz einer angespannten Auftragslage nehmen viele mittelständische Unternehmen von Entlassungen Abstand, was auf einen Fachkräftemangel hinweist. Die geplanten Stellenabbauten bei großen Firmen machen die schwindende Wettbewerbsfähigkeit für die Politik sichtbar und fordern schnelles Handeln.

Infrastrukturprojekte und Bürokratieabbau

Besondere Sorgen bereiten zwei bedeutende Infrastrukturprojekte: der Ersatz der maroden Rheinbrücke zwischen Krefeld und Duisburg sowie der Kardinal-Frings-Brücke zwischen Düsseldorf und Neuss, die beide mit Gewichtsbeschränkungen operieren. Während die Uerdinger Rheinbrücke nur 30 Tonnen tragen darf, liegt die Beschränkung für die Kardinal-Frings-Brücke sogar bei lediglich 7,5 Tonnen. Der IHK-Vizepräsident Dr. Claus Schwenzer warnt vor einem kontinuierlichen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit.

Das IHK-Präsidium sowie Landtagsabgeordnete haben das Ziel, den NRW-Verkehrsminister und den Ministerpräsidenten für schnellere Ersatzbauten zu gewinnen. Jürgen Steinmetz, Hauptgeschäftsführer der IHK, fordert eine Optimierung der Genehmigungsprozesse und eine Prioritätensetzung, um den Bürokratieabbau voranzutreiben. Ein neues Entbürokratisierungs- und Beschleunigungspaket der Landesregierung sieht vor, Berichtspflichten abzubauen und die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Dennoch äußert Steinmetz Zweifel an der Umsetzung der angestrebten Veränderungen.

Politiker und Unternehmer betonen, dass eine effiziente Arbeitsweise der Mitarbeiter in den Bezirksregierungen unerlässlich ist, um die notwendige Entlastung zu schaffen. In einer Vereinbarung wurde beschlossen, weiterhin über konkrete Vereinfachungen im Verfahren auszutauschen. Diese Problematik wird ergänzt durch die Herausforderungen, denen

sich deutsche Unternehmen gegenübersehen, wie hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und wachsende Bürokratie, wie **Focus.de** berichtet.

Der Fachkräftemangel wird insbesondere durch den demografischen Wandel verstärkt und führt zu erheblichen Personalengpässen in vielen Branchen. Unternehmen klagen zudem über hohe Energiekosten, die durch den Ukraine-Konflikt und den Umbau zur CO2-neutralen Energieversorgung noch gewachsen sind. Diese Faktoren, gepaart mit einer sinkenden Produktivität in Deutschland und der EU, haben spürbare Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Details

Quellen

- www.erft-kurier.de
- www.focus.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net